Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner. — Breslau: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barth & Co. — Magdeburg: Robert Kiesa. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Opelick, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Dalamar Azn., Spuistraat 184. — Frankreich: John F. Jones Nachf. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: John F. Jones Nachf. in London, 166 Fleet Street. — Polen und Russland: Lajchmann & Frendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 465. **Berlin, Dienstag den 6. Oktober 1885, Morgens.** **25. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honoraransprüche erbeten.**

Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Telegraphische Korrespondenz.

(Wolffs Bureau.)

München, Montag 5. Oktober. Die Kammer der Reichsräthe wählte von Pfretschner zum Vizepräsidenten.

Wien, Montag 5. Oktober. Der bisherige Botschafter Italiens, Graf Robilant, überreichte dem Kaiser gestern sein Abberufungsschreiben und wird in den nächsten Tagen nach Rom abreisen, um das Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen.

Prag, Montag 5. Oktober, Nachmittags. Dem „Narodni Listy" zufolge fand in den Lokalitäten der Böhmischen Beseda in Dux eine Dynamitexplosion statt, durch welche zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert wurden. Die Urheber der Explosion sind noch nicht ermittelt.

Agram, Montag 5. Oktober. Landtag. Bei der heute fortgesetzten Berathung über die Auslieferung von Archivalakten an Ungarn ergriff der Banus das Wort, wurde aber durch fortdauernde Zwischenrufe seitens der Opposition am Sprechen verhindert. Der Präsident beantragte, 7 der Opposition angehörende Abgeordnete für 60 Sitzungen von den Berathungen auszuschließen. Unter heftigem Lärm der Opposition wurde die Sitzung geschlossen. Die Nationalpartei begleitete den Banus in seine Wohnung.

Paris, Montag 5. Oktober, Nachm. 2 Uhr. Bis jetzt sind die Wahlergebnisse von 33 Departements bekannt. Die Konservativen scheinen bis jetzt 45 Sitze gewonnen zu haben. Die Zahl der Stichwahlen beträgt nunmehr 73.

— Nachmittags 3 Uhr. Definitive Wahlresultate sind bisher aus 49 Departements bekannt. Die Konservativen gewinnen demnach 36 Sitze und verlieren 4. Die Zahl der Stichwahlen beträgt bis jetzt 116 in 25 Departements. In dem Departement Eure sind 2 Stichwahlen erforderlich, dort erhielt Broglie 42 000 Stimmen gegenüber Deville mit 41 000 Stimmen.

— Nachm. 4 Uhr 30 Min. Nach den bisher aus 51 hiesigen Sektionen bekannt gewordenen Wahlresultaten haben Brisson und Allain-Targé 10 000 Stimmen erhalten, Floquet, Lockroy, Barodet, de la Forge, Clémenceau und Bert zwischen 7000 und 9000 Stimmen, die Konservativen Calla, Herve und Cassagnac folgen an 10., 11. und 13. Stelle mit durchschnittlich 6000 St. Die verhältnißmäßig geringste Stimmenzahl erhielten die Kandidaten der opportunistischen Partei und der äußersten Linken. — Aus 60 Departements sind bisher die Wahlresultate bekannt; nach denselben haben die Konservativen 44 Sitze gewonnen, 142 Stichwahlen sind erforderlich. In dem Departement du Nord hat die Liste der Konservativen eine Majorität erhalten, welche die Stimmenzahl der auf den verschiedenen republikanischen Listen enthaltenen Kandidaten übersteigt; trotzdem werden Stichwahlen erforderlich sein, da keine auf der konservativen Liste erzielte Stimmenzahl den vierten Theil der eingeschriebenen Wähler ausmacht.

Kopenhagen, Montag 5. Oktober. Das Folkething wählte Berg wiederum zum Präsidenten. Der Finanzminister wird morgen das Budget 1886/87 vorlegen. Im Landsthing wurde das Präsidium wieder gewählt.

Konstantinopel, Montag 5. Oktober. Der bisherige türkische Gesandte in Athen Tevfik Bey ist zum Botschafter in Berlin und der ehemalige Gouverneur von Metelin, Aguiah Effendi, zum Gesandten in Athen ernannt worden.

Rom, Montag 5. Oktober, Nachmittags. Vom 3. d. M. Mitternacht bis zum 4. d. M. Mitternacht kamen in der Provinz Palermo 146 Choleraerkrankungen und 47 Choleratodesfälle vor, in Ferrara 1 Erkrankungs- und 1 Todesfall, in Genua, 3 Erkrankungs- und 2 Todesfälle, in Parma 6 Erkrankungen und 2 Todesfälle, in Reggio Emilia eine Erkrankung, in Rovigo 3 Erkrankungen und 2 Todesfälle, in Carrara 2 Erkrankungen und 2 Todesfälle.

(Siehe auch Seite 3.)

Amtliche Nachrichten

aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der **König** haben Allergnädigst geruht:

dem Geheimen Ober-Justizrath a. D. Hertz zu Berlin, bisher vortragender Rath im Justizministerium, den Stern zum Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Generalarzt a. D. Dr. med. Lockemann zu Lüneburg den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Provinzial-Schulrath Gawlick zu Königsberg i. Pr., dem evangelisch-lutherischen Pastor Friesland zu Heiligendorf im Kreise Osnorn und dem Ober-Lazarethinspektor, Rechnungsrath Tallmann bei dem Garnisonlazareth zu Neisse den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Magistratssekretair Sternsdorff zu Frankfurt a. O. und dem Kompagniefeldwebel der freiwilligen Feuerwehr, Spritzenfabrikanten Fritz Höntz zu Köln, den königlichen Kronenorden vierter Klasse; sowie dem evangelischen Lehrer und Küster Müller zu Klosterwalde im Kreise Templin das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der **König** haben Allergnädigst geruht:

dem Präsidenten des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, Rittergutsbesitzer v. Rath auf Lauersfort bei Krefeld, die goldene Medaille für Verdienste um die Landwirthschaft zu verleihen.

Se. Majestät der **König** haben Allergnädigst geruht:

dem Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Wienecke zu Köln bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrath, und

dem Seilermeister Gustav Crahmer zu Berlin das Prädikat eines königlichen Hoflieferanten zu verleihen.

Der ordentliche Lehrer Holzhausen vom Schullehrerseminar zu Droyßen ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrerseminar zu Neu-Ruppin versetzt worden.

Dem Ober-Roßarzt a. D. Paul Haunschild zu Breslau ist die zweite Thierarztstelle des Stadtkreises Breslau definitiv verliehen worden.

Die von Herrn Eugen Richter „begründete" **Freisinnige Zeitung** hat eine eigenthümliche (vielleicht von „echter" Freisinnigkeit unterschiedene?) Manier, ihren Lesern davon Kenntniß zu geben, was Andere gesagt haben. So schreibt sie mit Bezug auf unsere jüngste Erörterung der im „deutschfreisinnigen" Lager über die Opportunität des „taktischen Grundsatzes der absoluten Negation" geführten Diskussion:

Die „Nordd. Allg. Ztg." führt fort, gestützt auf einen Artikel der Berliner „Volks-Zeitung", der freisinnigen Partei Vorbaltungen zu machen, daß es ihr an einem Programm-Wunschzettel fehle.

Jeder, der unseren Artikel auch nur oberflächlich gelesen, weiß, daß wir dem Versuch der „Volksztg.", den Streitpunkt zu verschieben, entgegentraten; diese hatte gemeint: eine jede Partei müsse einen „Programm-Wunschzettel" haben, weil das Volk durch irgend welche „positive Ziele" erwärmt" werden müsse, denn mit der „trostlosen Negation" werde man schwerlich große Erfolge erzielen. Daraufhin machten wir darauf aufmerksam, daß es sich bei jener im „deutschfreisinnigen" Lager obwaltenden Meinungsverschiedenheit „nicht um den „Programm-Wunschzettel" welchen ja auch Fortschrittspartei und „Deutschfreisinnige" vorweisen könnten, handelte, sondern um das von Partei-Organen ausgeprochene Verlangen nach bestimmten „positiven" Vorschlägen." Wir konstatirten also ausdrücklich, daß ein Programm-Wunschzettel auch den „Deutschfreisinnigen" nicht fehle; die von Herrn Richter „gegründete" Zeitung aber macht ihren Lesern weis, wir hätten das Fehlen eines derartigen Wunschzettels jener Partei vorgehalten!

Dann aber fährt die „Freis. Ztg." fort:

Der Programm-Wunschzettel ist sehr einfach: Die freisinnige Partei erstrebt, alles das durchzuführen, was ihr bei ihren positiven Bestrebungen während der drei letzten Jahre im Landtag zu erreichen nicht gelungen ist.

Wenn man nun an der Hand der Landtagsakten untersucht, welche selbstständigen Bestrebungen positiver Art für die „deutschfreisinnige" Partei inkl. Fortschrittspartei und Sezession während der letzten drei Jahre zu registriren gewesen sind, so ergiebt sich folgendes Repertoire:

1. Debut: Interpellation Dirichlet, betreffend den Fall Rotenhan. Diese gegen die angeblich beabsichtigte Wiedereinführung der Prügelstrafe gerichtete Entrüstungskundgebung verlief dergestalt im Sande, daß, nachdem der Herr Justizminister an der Hand der Akten das vom Interpellanten vorgetragene Beiwerk von den Thatsachen getrennt hatte, Herr Hänel erklärte, auf die anfänglich beabsichtigte Besprechung zu verzichten.

2. Debut: Kirchenpolitische Anträge Richter und Virchow; durch welche dem Zentrum die Genehmigung, Appendix desselben zu werden, alternativ kund gegeben werden sollte.

3. Debut: Antrag Büchtemann-Hänel-Dirichlet auf Quotisirung der Klassen- und Einkommensteuer, wodurch die Aufhebung der vier untersten Stufen der Klassensteuer und deren Ersatz durch eine Schankgewerbesteuer durchkreuzt werden sollte.

4. Debut: Antrag Straßmann-Zelle betreffend Abänderung der Städteordnung, um die Neueintheilung der Berliner Kommunalwahlbezirke ohne Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung zu ermöglichen.

5. Debut: Antrag Stern, für Landtags- und Kommunalwahlen die geheime Stimmabgabe einzuführen. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen (1883) spielte bekanntlich die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für kommunale und Landtagswahlen eine große Rolle; sogar fortschrittliche Führer traten gegen das „allgemeine und gleiche" Wahlrecht ein, und im Antrage Stern wurde dem entsprechend nur das „geheime" gefordert; in der Wahlagitation wird aber gegenwärtig die Sache ganz anders dargestellt.

6. Debut: Interpellation Zelle, betreffend die Pößelunruhen in Neustettin.

7. Debut: Antrag Bender zur hannoverschen Kreisordnung, wodurch die Wählbarkeit zum Provinziallandtage für Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Vorsteher königl. Polizeibehörden und Landräthe ausgeschlossen werden sollte, also ein auf Beschränkung der Wahlfreiheit gerichteter Antrag!

8. Debut: Antrag Stern, das für eine Professur der Dermatologie an der Universität Berlin geforderte Gehalt abzulehnen.

9. Debut: Antrag Bebert, einen Mindestbetrag der Pension für Volksschullehrer im Gegensatz zu allen anderen Beamtenkategorieen festzustellen.

Dies ist also das Repertoire der durch selbstständige Anträge 2c. dokumentirten positiven Bestrebungen der „Deutschfreisinnigen" im Landtage während dreier Jahre, und der, wie die „Freis. Ztg." sagt, „sehr einfache Programmwunschzettel" soll darin bestehen, Alles das durchzuführen, was von diesen „positiven Bestrebungen" bisher zu erreichen nicht gelungen ist! Hatte wohl das „Berl. Tagebl." Unrecht, seiner Partei warnend zuzurufen: „Nur keine leeren Programme!"?

In allen übrigen Fällen — einige der hier aufgeführten fallen, genau betrachtet, auch noch unter diese Kategorie — begnügten sich „Deutschfreisinnige" resp. Fortschrittspartei damit, „Nein" zu sagen, nachdem, sei es von der Regierung oder von einer anderen Partei, ein positiver Vorschlag gemacht worden war. Dieses stereotype „Nein" erfolgte stets ohne eigenen positiven Vorschlag, wie die fragliche Angelegenheit besser zu ordnen sei. Wenn nun die „Volksztg." meinte, mit „frostiger Negation" werde nicht viel zu erreichen sein; wenn das „Berl. Tagebl." forderte, man solle durch „sorgfältig ausgearbeitete Initiativanträge" einen „positiven parlamentarischen Kampf" einleiten; wenn die „Voss. Ztg." derartige Forderungen für „verdächtige Aberweisheit" erklärte, weil, wie die „Nat.-Ztg." interpretirte, das Volk in dem allein heilsamen Beschluß zum bestängigen Neinsagen erschüttert werden könnte; und wenn jetzt daraufhin die von Herrn Eugen Richter „begründete" Zeitung erklärt, es sollte hinsichtlich der „positiven" Bestrebungen der „Deutschfreisinnigen" auch in Zukunft nicht anders gehalten werden als bisher: dann wird Niemandem mehr das Recht bestritten werden können, zu konstatiren, daß bei den „Deutschfreisinnigen" der „taktische Grundsatz der absoluten Negation" von Partei wegen adoptirt ist.

Alle Lebensäußerungen der Fortschrittspartei haben ja auch von jeher diesem Grundsatze entsprochen, wie sollte es bei der „deutschfreisinnigen" anders geworden sein? Niemals sind eigene positive Vorschläge zur Diskussion gestellt, so daß die Wählerkreise über die Grundanschauungen der Partei hätten Aufklärung finden können; stets haben diese Politiker ihre Meinung über eine Sache erst formulirt, nachdem Andere die ihrige kundgegeben und sich die Unfähigkeit zum eigenen positiven Schaffen dann hinter das albekannte „Nein" zurückziehen konnte. Dem haben auch stets die Parolen entsprochen, unter denen jene Partei in den Wahlkampf zog; man braucht nur an das „Fort mit Bismarck!", an das „Keine neue Steuern!" 2c. zu denken, überall findet man das fortschrittlich-deutschfreisinnige" Nein sich formuliren, um von anderer Seite gekommenen Ideen entgegen zu arbeiten. Ueberall, wohin man sieht, ist der Widerspruch gegen den schon offenkundig gewordenen Willen Anderer das Lebenselement, von dem die „fortschrittliche" Opposition sich nährt, nirgends findet man etwas aus der eigenen Kraft der Parteiprinzipien sich zum Werden Durcharbeitendes!

Der Geist, der stets verneint, war es, der die Fortschrittspartei regiert hat, und von ihr ist er auf die „deutschfreisinnige" vererbt. Niemand kann im politischen Leben verpflichtet sein, Vorschläge Anderer unbesehen zu acceptiren; wer aber dieselben verwerfen will, muß andere, bessere an ihre Stelle zu setzen haben — das hatte das „Berl. Tagebl." ganz richtig der eigenen Partei vorgehalten. Bisher hat man von „deutschfreisinniger" Seite den Beweis des Besserwissens zu führen nicht einmal unternommen, und wie die „Freis. Ztg." kund thut, wird man es auch in Zukunft nicht thun. Man wird sich auch ferner begnügen, Nein zu sagen, nachdem irgend ein Vorschlag gemacht ist. Das werden alle Diejenigen zu beherzigen haben, welche die Entwickelung unserer Institutionen gefördert zu sehen wünschen.

Bekanntlich werden die auf Grund des Unfallversicherungs-Gesetzes zu leistenden **Entschädigungen** auf Anweisung des Genossenschaftsvorstandes vorschußweise durch die Postverwaltung ausgezahlt, und binnen acht Wochen nach Ablauf jedes Rechnungsjahres haben die Zentral-Postbehörden den einzelnen Vorständen der Berufsgenossenschaften Nachweisungen der von ihnen geleisteten Zahlungen zuzustellen und gleichzeitig diejenigen Postkassen zu bezeichnen, an welche die zu erstattenden Beträge einzuzahlen sind. Am 1. d. Mts. ist nun das Unfallversicherungsgesetz in Kraft getreten, und die Zentral-Postbehörden würden somit berechtigt sein, acht Wochen nach Ablauf des Jahres 1885 die Erstattung der etwa von ihnen gezahlten Entschädigungsbeträge zu verlangen. Da aber die Krankenkassen innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach Eintritt des Unfalles für die Renten aufzukommen haben und die Unfall-Berufsgenossenschaften erst nach Ablauf dieser Zeit die Renten übernehmen, und da somit voraussichtlich innerhalb des vierten Quartals des laufenden Jahres nur wenige Entschädigungsbeträge von der Post gezahlt werden dürften, so haben, nach Mittheilung der „B. P. N.", zwischen den obersten Behörden Verhandlungen darüber stattgefunden, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Zentralpostbehörden ihren Erstattungsanspruch auch für das vierte Quartal dieses Jahres erst in den ersten Wochen des Jahres 1887, also für fünf Vierteljahre zugleich, forderten. Wenn dies der Fall wäre, so hätte es mit der Bethätigung des Gesahrenklassen-Tarifs keine große Eile, und die Berufsgenossenschaften wären in der Lage, diese wichtigste aller Fragen sorgfältig prüfen zu können.

Aus der soeben im königlichen statistischen Bureau beendigten Aufbereitung der standesamtlichen Angaben über die **Bewegung der Bevölkerung Preußens** im Jahre 1884 stellen wir, nach der „Stat. Korr.", die nachfolgenden allgemein interessirenden Zahlen zusammen.

Im Laufe des Jahres 1884 haben im preußischen Staate 1 093 973 Geburten stattgefunden gegen 1 070 538 in 1883, 1 078 595 in 1882, 1 054 638 in 1881 und 1 071 747 in 1880. Obschon also die Zahl der Geburten in den letzten fünf Jahren mit mehrfachen Schwankungen zugenommen hat, hat sie doch noch immer nicht die Höhe von 1879 oder gar diejenige von 1876 wieder erreicht, wo 1 096 434 bezw. 1 102 084 Geburten zu verzeichnen waren. Unter den im Jahre 1884 Geborenen befanden sich 564 090 Knaben und 529 883 Mädchen; gegen das Vorjahr betrug die Zunahme bei den Knabengeburten 2,32, bei den Mädchengeburten 2,05 pCt. Lebendgeboren wurden 1 050 850, totgeboren 43 123 Kinder, so daß die Zahl der Letztgenannten gegen das Vorjahr um 1099 Köpfe zugenommen hat. Trotzdem ist das Verhältniß derselben zur Zahl der überhaupt Geborenen fast unverändert geblieben; dasselbe betrug im Berichtsjahre 39,4, im Jahre 1883 dagegen 39,3 auf 1000 Geburten. Während sich unter den 1 003 269 ehelich geborenen Kindern 3,8 pCt. todtgeborene befanden, stieg dieses Verhältniß bei den 90 704 unehelichen Kindern auf 5,2. Nach dem Religionsbekenntnisse waren 596 719 Kinder von evangelischen, 338 874 von katholischen, 9946 von jüdischen Eltern geboren; 54 770 Kinder gingen aus evangelisch-katholischen, 439 aus christlich-jüdischen Ehen hervor.

Feuilleton der Norddeutschen Allgem. Zeitung.

60 Berlin, den 6. Oktober 1885.

Das Majorat.

Roman von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Ist mein Sohn noch nicht zurück?" fragte die Baronin.

„Wünschen Sie seine Rückkehr nicht!" warnte der Notar, „ich für meine Person hoffe, daß er die Grenze bereits hinter sich hat."

„Wollen Sie damit sagen, daß nur er die That begangen haben könne?" sagte sie scharf, und der zornflammende Blick, der bei diesen Worten aus ihren dunklen Augen ihn traf, bewog ihn, bestürzt zurücktreten. „Haben Sie schon Scheinbeweise gefunden, auf die Sie diese falsche Anklage stützen können?"

Der alte Herr erhob mit einer trotzigen Miene das Haupt, auch aus seinen Augen blitzte jetzt der Zorn.

„Sie beleidigen mich ohne Grund, gnädige Frau", erwiderte er; „ich erhebe keine Anklage und suche auch nicht nach Beweisen, aber meine Pflicht ist es, die Interessen Ihrer Familie zu wahren. Sie werden selbst zugeben müssen, daß der erste Verdacht nur auf Baron Dagobert fallen kann, er ist der Einzige, der an dem Tode Baron Kurts ein Interesse hat; die Wahrheit dieses Verdachts zu ermitteln, ist ebenfalls meine Pflicht, und nichts soll mich abhalten, diese Pflicht zu erfüllen."

Baronin Adelgunde wandte ihm den Rücken, ohne eine Antwort zu geben; sie trat zu dem Kammerdiener, der in der Fensternische stand.

„Hat der Arzt schon sein Gutachten abgegeben?" fragte sie.

„Noch nicht, gnädige Frau."

„Wenn es geschehen ist, berichten Sie es mir sofort. Wissen Sie mit Sicherheit, wo mein Sohn zu finden ist?"

„Nein, der Herr Baron hat keine Mittheilung darüber hinterlassen."

„Irgend Jemand muß zur Stadt", fuhr sie ungeduldig fort, „mein Sohn soll unverzüglich hierher kommen, um dem Verdacht, der auf ihn ruht, entgegenzutreten."

Der Notar nahm mit einer Verbeugung Abschied und ging hinaus; ein boshafter Zug umzuckte seine Lippen.

„Sie glaubt selbst an diesen Verdacht, von dem sie ihn reinigen will", murmelte er, „sie denkt nicht daran, ihn zur Heimkehr aufzufordern."

Er trat mit der Büchse in der Hand in das Arbeitszimmer, in dem der Staatsanwalt ihn erwartete.

„Da haben wir die Waffe!" sagte er.

Der Staatsanwalt nahm die Büchse in Empfang und betrachtete sie, er blickte in den Lauf, in den er mit dem Finger leicht hineinfuhr.

„Der Pulverschleim ist noch feucht", versetzte er, „aus der Büchse ist vor Kurzem geschossen worden."

„Baron Dagobert hat die Büchse stets mitgenommen, wenn er in den Wald ging", erwiderte der Notar, „aber niemals brachte er ein Stück Wild mit."

Der Eintritt des Arztes unterbrach das Gespräch, er begrüßte die beiden Herrn und legte eine Kugel auf den Schreibtisch.

„Es ist mir gelungen, die Kugel zu finden und aus der Wunde zu entfernen", sagte er, „ich hoffe, sie wird zur Entdeckung des Mörders beitragen."

„Des Mörders?" fragte der Staatsanwalt. „So ist der Herr Baron nicht mehr unter den Lebenden?"

„Das wohl, aber ich fürchte, er wird es nicht lange mehr sein. Die Kugel hat edle Theile verletzt, ein Bluterguß wird voraussichtlich plötzlich eintreten und das Leben beenden."

„Ist er bei voller Besinnung?"

„Augenblicklich — ja."

„Hat er Ihnen Mittheilungen gemacht?"

„Nein, er nannte einmal den Namen Dagobert, ohne eine Bemerkung daran zu knüpfen."

„Würden Sie mir erlauben, einige kurze Fragen an ihn zu richten?" sagte der Staatsanwalt.

„Halten Sie das im Interesse der Untersuchung für durchaus nothwendig?"

„Gewiß."

„Auch dann noch, wenn ich Ihnen sage, daß diese kurze Unterredung den Tod des Patienten herbeiführen kann?"

„Es handelt sich vor allen Dingen darum, den Thäter so rasch wie möglich zu ermitteln", erwiderte der Staatsanwalt ernst, „hängt das Leben des Verwundeten, wie Sie sagen, nur an einem dünnen Faden, und haben Sie bereits die Hoffnung, es zu erhalten, aufgegeben, dann dürfen keine Rücksichten mehr obwalten, Herr Doktor."

„Nun wohl", sagte der Arzt nach kurzem Nachdenken, „ich werde Sie begleiten, aber ich vertraue darauf, daß Sie sich auf die nothwendigsten Fragen beschränken und Aufregungen möglichst zu vermeiden suchen."

Der Staatsanwalt folgte ihm, sie traten in das Schlafgemach des Barons, in dem sie Theodore am Bette des Vaters fanden.

Der Arzt flüsterte der Baronesse einige Worte zu, sie erhob sich und verließ leise das Zimmer.

Der Staatsanwalt trat an das Bett, sein Blick ruhte prüfend auf dem bleichen Antlitz des Verwundeten.

„Fühlen Sie sich im Stande, einige Fragen zu beantworten?" sagte er.

„Fragen Sie nur", erwiderte der Baron.

„Nur keine Aufregung!" warnte der Arzt.

„Haben Sie die Person gesehen, die auf Sie geschossen hat?"

„Nein."

„So wissen Sie auch nicht —"

„Das ist eine andere Frage", unterbrach der Baron ihn, und ein Blitz des Hasses zuckte dabei aus seinen Augen, „ich hörte gleich nach dem Schuß ein höhnisches Lachen, es war das Lachen meines Neffen."

„Des Herrn Baron Dagobert von Darboren?"

„Jawohl. Er hatte schon vorher in Gegenwart des Verwalters und einiger Arbeiter die Büchse auf mich angelegt, und hier im Hause wird Jeder Ihnen die Gründe nennen können, die meinen Tod meinem Neffen wünschenswerth machen."

„Genug!" sagte der Arzt. „Ich muß Sie bitten, Herr Staatsanwalt, dieses Verhör zu beenden."

„Und ich wiederhole nochmals, daß ich meinen Neffen als den Thäter betrachte!" versetzte der Baron mit scharfer Betonung, „ich kenne keine andere Person, die sich dieser That fähig halten könnte."

Der Staatsanwalt nickte befriedigt, es unterlag für ihn nun keinem Zweifel mehr, daß Baron Dagobert der Thäter war.

Er sprach das dem Notar gegenüber unverhohlen aus, und die Entdeckung, daß die Kugel genau in den Lauf der Büchse paßte, konnte den Verdacht nur bestätigen.

Von einem Verhör des Personals konnte unter diesen Verhältnissen Abstand genommen werden, der Staatsanwalt zog an der Glockenschnur, er mußte ziemlich lange warten, bis der Kammerdiener eintrat.

„Ich werde morgen mit dem Herrn Untersuchungsrichter wiederkommen", sagte er in befehlendem Tone, „sorgen Sie, daß das gesammte Dienstpersonal zur Stelle ist, ebenso die Arbeiter, die heute Nachmittag im Walde beschäftigt waren."

„Und der Förster!" warf der Notar ein.

„Jawohl, auch der", fuhr der Staatsanwalt fort. „Achten Sie darauf, daß nichts geschieht, was den Thatbestand verdunkeln und die Untersuchung erschweren könnte, ich werde Jeden, der irgend etwas in dieser Weise unternimmt, als Mitschuldigen betrachten."

„Seien Sie unbesorgt", erwiderte Jakob ruhig, „uns Allen, die Sohe des gnädigen Fräuleins vielleicht ausgenommen, liegt daran, daß die Wahrheit an den Tag kommt, keiner von uns kann an die Schuld des Herrn Baron Dagobert glauben."

„Eben diese Zweifel, die jeder Begründung entbehren, könnten Sie zu unbesonnenen Handlungen verleiten, denen bittere Reue auf dem Fuße folgen würde. Und nun frage ich Sie noch einmal, wissen Sie, wo Baron Dagobert augenblicklich weilt?"

„Nein."

„Denken Sie nicht, daß Sie durch eine Lüge ihn vor der Verhaftung schützen werden, ich werde noch in dieser Nacht den Telegraphen spielen lassen, Sie erzeigen ihm nur einen Gefallen, wenn Sie es möglich machen, daß die Verhaftung in aller Stille erfolgen kann."

„Ich kann Ihnen keine andere Antwort geben", sagte Jakob mit ernster, sorgenvoller Miene, „der Herr Baron hat, so viel ich bemerkte, nichts von hier mitgenommen, an seine Flucht glaub' ich nicht. Er war gestern und vorgestern Abend ebenfalls in der Stadt, aus der er spät heimkehrte, ich bin überzeugt, er wird auch in dieser Nacht heimkommen."

Die Herren hatten während dieser Unterredung das Zimmer verlassen, Büchse und Kugel nahm der Protokollführer mit.

„Denken Sie an meine Warnung", nahm der Staatsanwalt noch einmal das Wort, bevor er in den Wagen stieg, „ich werde Jeden verhaften, der einen Versuch macht, die Untersuchung zu erschweren."

(Fortsetzung folgt.)